

Buchloer Hofnarr

Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität



Ausgabe 137 – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 08.04.2023

Steuern sollen steuern,

wie die Bürger eines Landes sich verhalten. Dient das Verhalten des Bürgernden der Allgemeinheit, sollten weniger Steuern bezahlt werden. Ist das Verhalten den Einzelnen schlecht für die Allgemeinheit, aber keine Straftat, dann sind mehr Steuern zu bezahlen um den Schaden ausgleichen zu können bzw. dieses Verhalten zu reduzieren.

Mit diesem Verfahren können Verbote vermieden werden und jeder Bürger*in kann sich frei entscheiden.

Würde die KFZ-Steuer abgeschafft und nur noch der CO₂ – Ausstoß bzw. die Umweltbelastung bei Herstellung und Betrieb des Autos besteuert, bräuchte es keinerlei Verbote (von Verbrennern, schweren / großen E - Autos), da ein kleines leichtes Auto in der Herstellung automatisch nachhaltiger und im Betrieb umweltfreundlicher ist. Forderung: Die Mehrwertsteuer beim Verkauf steigt mit dem Gewicht des Autos und die Betriebsstoffe werden mit Abgassteuern belegt, welche alle 3 Jahre erhöht werden. Ergebnis dieser Steuern: Ein Innovationswettbewerb der Hersteller um geringstes Gewicht und minimalen Verbrauch, weil schwere Verbrenner oder noch schwerere E-Autos oder schwerste Hybride nicht mehr von Staat subventioniert werden. Dann wäre das 1-Liter-Auto technologisch und wirtschaftlich interessant und in der Gesamtenergie- und Umweltbilanz mit kleinen E-Autos auf jeden Fall konkurrenzfähig.

Hohen Gesundheitskosten, welche von der Allgemeinheit zu tragen sind, kann man durch erhöhte Steuern auf Lebensmittel, welche z.B. durch ihren hohen Fett- bzw. Zuckeranteil zur Fehlernährung beitragen, senken. Auch die Umweltbelastung bei der Herstellung von Lebensmitteln ist zu berücksichtigen. Bio-Pflaumen aus Peru können genauso wenig

nachhaltig sein, wie Fleisch aus umwelt- und grundwasserschädigender Massenproduktion. Eine entsprechende Besteuerung stärkte auch die regionale tier- und umweltfreundliche Landwirtschaft.

Der Bereich des gesamten Konsums muss mit einer die Gesundheit und die Umwelt schützenden Mehrwertsteuer (dann ist sie wirklich mehr wert) versehen werden. Die Mehrwertsteuer auf alkoholische und nikotinhaltige Produkte, besonders fett- und zuckerhaltige bzw. weit transportierte oder umwelt- und grundwasserschädlich produzierte Güter muss gegenüber der normalen (z.B. 10 %) Mehrwertsteuer entsprechende ihres Schadenspotentials erhöht werden (auf bis zu 100 %).

Keine Verbote – sondern Steuerung durch Steuern, das gibt den Herstellern Planungs- und Investitionssicherheit, fördert die Innovationskraft und gibt den Verbrauchern Orientierungshilfen für den Konsum.

Alle zusätzlichen Verbrauchssteuern (Alkohol-, Alkopop-, Kaffee-, Schaumwein-, Tabak-, ..., Zwischenerzeugnissteuer) fallen weg und vereinfachen das Steuersystem.

Extrazuckerl: Würden z.B. 50 % der Steuern aus der CO₂ – Emission (Herstellung und Betrieb) in Form einer Prämie an alle Bürger zurückgezahlt, würden Bürger, welche ihr Leben nachhaltig gestalten, sogar Gewinn machen. Richtiges Verhalten lohnt sich!

Sogar die Grundsteuer ließe sich mit dem Verbrauch fossiler Energien verknüpfen. Neben dem Wert des Grundstücks könnte der Verbrauch fossiler Energien pro Quadratmeter Wohnfläche und der nicht regenerative Stromverbrauch ein zweiter Bemessungsmaßstab werden.

Durch Deutschland muss ein Ruck gehen!

Deutschland steckt in einem Reformstau, welcher fast einmalig in der Geschichte Deutschlands ist. Der letzte Reformstau konnte durch eine SPD – geführte Regierung unter Gerhard Schröder aufgelöst werden. Nach 16 Jahren CDU / CSU geführtem Reformstau sollte es wieder die SPD richten, ist dazu aber nicht in ausreichendem Maße bereit.

Was wäre zu tun?

Die Bundesregierung muss sich aus allen Angelegenheiten, welche durch den Föderalismus den Bundesländern zugeordnet werden, heraushalten. Dies beinhaltet auch die finanzielle Förderung (z.B. Schulbereich, Sozialwohnungsbau, ...), denn die Bundesländern haben sich angewöhnt, für Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben, bei denen sie sich jede Mitsprache des Bundes verbieten, nach Bundesgeld zu rufen und dann der Bevölkerung einzureden, die Bundesregierung wäre verantwortlich für ausbleibende Erfolge in diesen Bereichen. Würde die Bundesregierung sich diese in den Bundesländern meist sinnlos verpuffenden Gelder sparen, müsste sie erheblich weniger Kredite aufnehmen, bzw. könnte eigene Aufgaben besser finanzieren.

Eine Wahlrechtsreform, welche die Anzahl dauerhaft auf die gesetzlich vorgesehenen 598 Abgeordneten reduziert. Einhaltung der 5 % - Hürde ohne Ausnahmen und ohne Rücksicht auf gefühlte regionale Befindlichkeiten bzw. Selbstüberschätzung. Es ziehen nur die Wahlkreisabgeordneten jeder Partei in den Bundestag ein, welche das parteiinterne Ranking (nach Erststimmen) bis zur nach der Zweitstimme berechneten zulässigen Abgeordnete-

tenanzahl anführen.

Einführung einer Einkommens- und Sozialabgaben – Flatrate, welche von allen Einkommensbeziehern eingezogen bzw. auf alle Einkommensarten erhoben wird, mit gleichzeitiger Abschaffung nahezu aller steuerreduzierenden Ausnahmen. Zehn Prozent Sozialabgaben auf jedes Einkommen – ohne Ausnahme oder Freibetrag – damit könnten alle Elemente der Sozialversicherung bezahlt werden. 15 Prozent Einkommensteuer auf jedes Einkommen, von dem nur ein Freibetrag (z. B. 15000 €) pro Person in der Lebensgemeinschaft abgezogen werden darf. Dieses Verfahren beschränkte die Gesamtabzüge bei geringen Einkommen auf 10 %, würde aber bei höheren Einkommen die jetzt üblich Steuervermeidung verhindern. Auch gutverdienende Gesellschaftsgruppen, welche bisher noch über eigene Versicherungen (Ärzte, Apotheker, Beamte, ...) verfügen beteiligten sich dann angemessen an der Finanzierung des Sozialstaats. Natürlich entstünde daraus auch ein Anspruch für alle Bürger auf medizinische Grundversorgung und eine Grundrente. Private Zusatzversicherungen bleiben selbstverständlich erlaubt, sind aber nicht mehr steuerlich absetzbar.

Eine „Gesundheitscloud“ muss eingeführt werden, in welcher alle Gesundheitsdaten (Untersuchungen, Diagnosen, ...) von den Untersuchenden eingetragen werden. Keinerlei Datenbestand sollte auf den lokalen Rechnern gehalten werden. Dies ermöglichte allen untersuchenden Ärzten einen Blick auf die ganze Krankengeschichte, verhindert Doppeltuntersuchungen und ermöglichte eine algorithmusgesteuerte Diagnoseunterstützung. Umstellung auf eine evidenzbasierte Gesundheitsversorgung, in welcher nur noch wissenschaftliche belegte Verordnungen erstellt werden dürfen.

Zusammenlegung von Krankenhäusern (Einzugsgebiet ca. 250000 Menschen) zu

„schlagkräftigen“ Einheiten, welche nicht im jetzigen Maße um Personal konkurrieren müssten, da sehr viele Doppelstrukturen wegfallen, welche jetzt den Personalmangel verstärken. Ausbau des Rettungsdienstes, damit die schnelle Erstversorgung wieder garantiert werden kann, denn auch das kleine lokale Krankenhaus ohne Spezialisten nützt nichts, wenn der Rettungswagen nicht schnell genug da ist. Das regionale Kleinkrankenhaus dient lediglich der Politik dazu, der Bevölkerung mit hohen Kosten eine gute medizinische Nahversorgung vorzuspielen.

Das Schulwesen in Deutschland muss endlich aus der Verantwortung der Länder (die brauchen die Schulen nur für die Landtagswahlen) gelöst und dem Bund übertragen werden. Eine einheitliche Lehrerausbildung, einheitliche Lehrpläne und einheitliche Leistungsanforderungen sind für ein Land, für dessen wirtschaftlichen Erfolg Bildung die entscheidende Grundlage war und ist, unabdingbar. Endlich könnten Lehrkräfte in ganz Deutschland ohne Probleme wechseln und Eltern mit ihren Kindern umziehen ohne bei jedem Umzug eine Klassenstufe wiederholen zu müssen, neue Unterrichtsfächer kennenzulernen oder von komplett anderen Lehrplänen überrascht zu werden. Es würde die Überheblichkeit einiger Bundesländer über die angeblich bessere Ausbildung an ihren Schulen einer echten Überprüfung unterzogen.

Durch eine Vereinfachung der Bauvorschriften, welche für ganz Deutschland gelten (ohne Nachregelungskompetenz der Bundesländer und Gemeinden) sollten, ließe sich enorm Geld sparen und standardisiertes Bauen würde Wohnraum erheblich billiger machen.

Eine Alternative für Deutschland

die in den beiden anderen Texten beschriebenen Probleme zu lösen, gibt es nur, wenn man bereit ist, die Probleme zu ignorieren, weg zu diskutieren oder auf die Umwelt, die Menschen und zukünftige Generationen zu scheißen, so wie es die FDP zum Teil in der Regierung und die AfD in der Opposition tun. Für Menschen mit Rest - Anstand eigentlich keine Alternative.

